

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königl.

Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28634.

Nr. 90.

Freitag den 19. April 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Boelkapelle, Langemarch und Zonnebeke wieder von unseren Truppen erobert.

Halbjahrsbilanz.

Unsere Oberste Seeresleitung ist gelehrig. Die Grobhanden, die eben jetzt, eine nach der anderen, ihre Jahresabschlüsse veröffentlichen und dabei Umsätze und Gewinne ausweisen, die sich selbst vor dem anspruchsvollsten Auge sehen lassen können, waren vor einiger Zeit dazu übergegangen, schon von Halbjahr zu Halbjahr über ihren Geschäftsgang zu berichten, um so der Allgemeinheit einen zuverlässigen Einblick in den Stand unserer Wirtschaftslage zu ermöglichen.

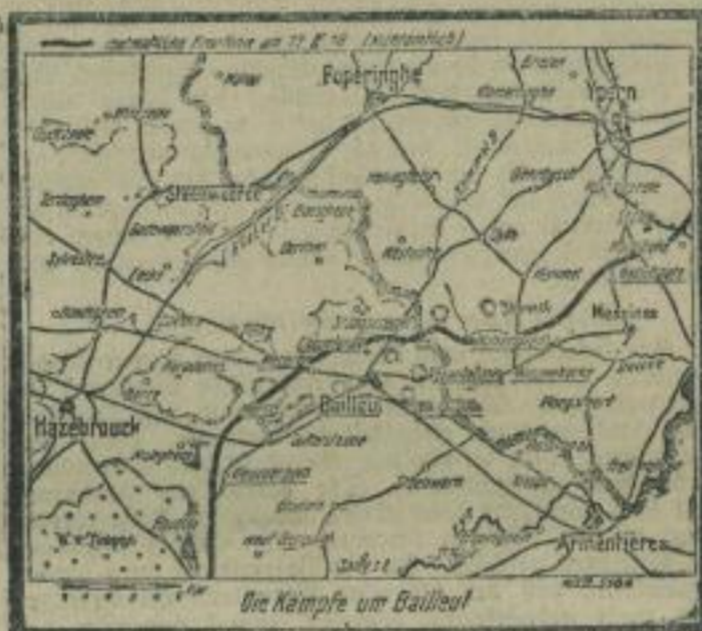
In Anlehnung an dieses Verfahren wird dem deutschen Volke jetzt auch eine Rechnung aufgemacht über den Umfang und den materiellen Wert der Beute, um die wir in der Zeit vom 15. Oktober 1917 bis zum 15. April 1918 unsere Feinde erleidet haben. Da marschieren Böhlen auf, denen die Bestmächte mitant ihr großen und kleinen Mittläufers wahrhaftig nichts an die Seite zu stellen haben. So hören wir z. B. von 20000 Maschinengewehren und 8000 Uferabwehrkanonen; jene ein fetter Bissen für den Bedarf des Feldheeres, diese eine Bombe für den Chef des Feldheeres. Aber wie raschen und so gewaltigen Zuwachs an Frachttraum seinen Beständen gewiß als ein Geschenk des Himmels eingereicht hat. Aber was wollen selbst diese Bismarschen neben der Tatsache, daß der Wert der Geschütze und Artilleriemunition, die wir in diesem Winterhalbjahr aus der Hand des Gegners empfangen, auf weit über eine Milliarde Mark berechnet werden kann! Wie viele Kriegsgewinnler hätten sich an diesen Aufträgen bereichert, wenn dieses Material in unseren heimischen Werkstätten zu beschaffen gewesen wäre, wie viele Arbeitskräfte haben wir dadurch erspart, daß unsere Feinde die Güter hatten, uns so reichlich mit dem alternativen Kriegsbedarf zu versehen! Aber auch die ungeschätzte — weil unzahlbare — Beute an Bioniergerät jeder Art, an Handfeuerwaffen, an Gasmasken ist nicht zu verachten, und was uns an Bekleidungs- und Verpflegungsvorräten in Rußland, Italien und Nordfrankreich in die Hand gefallen ist, das läßt sich erst recht nicht abschätzen; man kann nur sagen: es sind abermals Milliardenwerte, um die wir die Kriegsbestände unserer Gegner reichert haben. Und auch damit noch nicht genug; Frankreich allein war so freundlich, uns mit Gummi und Kupfer so reichlich zu versorgen, daß unser Seeresbedarf an diesen beiden besonders kostbaren Rohstoffen auf ein volles Jahr gedeckt ist. Kann man noch mehr verlangen? Um den Betrag einer vollen Kriegsanleihe hat die Gesamtbeute dieser sechs Wintermonate die deutsche Heimat von ihrer Beitragspflicht zu den Kriegskosten entlastet, und mit stolzer Genugung stellt die Oberste Seeresleitung fest, daß die materielle Kriegsführung der Mittelmächte außerordentlich gestärkt in die Sommeroffensive des Jahres 1918 eintraten konnte.

In dem Augenblick also, da wir unsere achte Kriegsanleihe unter Dach und Fach zu bringen im Begriffe sind, können wir vor der Welt die erfreuliche Tatsache enthüllen, daß wir eigentlich schon bei der neunten Kriegsanleihe angelangt sind; nur mit dem kleinen Unterschied, daß diese nicht von den deutschen Steuerzahlern aufgebracht wurde. Auf so viel Entgegenkommen unserer Feinde war wohl kaum jemand unter uns vorbereitet. Es ist auch hier so gekommen, wie in vielen anderen Beziehungen: die Waffe, die sie gegen uns zu schmeiden gedachten, hat sich gegen sie selbst gefehrt. Sie glaubten uns aus Hungern zu können, und wissen nicht mehr, wie sie ihre eigenen Völker ernähren sollen. Sie mochten sich anheißig, uns jede Ein- und Zufuhr abzuschneiden, und wußten, man ohnmächtig zwischen, wie ihr Seeverkehr von Woche zu Woche zusammensinkt. Sie wollten uns mit der Überfülle ihres in der ganzen Welt hergestellten Kriegsmaterials erdrücken, und müssen nun erleben, wie diese noch aufgetürmten Schätze unsere Vorratskammern bereichern und zehntausende von fleißigen Händen frei machen für andere Kriegsarbeit. Auf die „Materialschlacht“ hatten die Engländer ihre Hoffnung gesetzt, als sie erkannten, daß die Kampftrakt der Deutschen, über die sie zu verfügen haben, der preussischen Soldatenkulle nicht gewachsen war. Jetzt sind sie auch um diese letzte Hoffnung getrogen worden. Sie werden es nicht schaffen, das ist klar wie die Sonne. Noch eine solche Halbjahrsbilanz wie diese, und das stolze Albion ist verloren, rettungslos verloren!

Die Schlacht im Lys-Gebiet.

England in schwerster Sorge.

Mit dem Verlust von Antwerpen und Brüssel haben die Engländer die bejubelten Bankette der Flandernschlacht verloren. Sie galten ihnen einst als Symbol. Ihre Einnahme beweist, daß alle Mittel nicht



helfen, daß alle Reserven nicht genügen, dem deutschen Vorstoß zu gebieten. Und was auch die halbantheliche Pariser Presse noch so oft schreiben, der deutsche Vormarsch sei zum Stehen gekommen — er geht unanschaffbar weiter. Daß man in England die Lage anders deutelt, zeigt die Wochenübersicht der „Daily Mail“, in der es heißt: Mit dem Schicksal Amiens' ist das Los Londons unlosbar verknüpft. Amiens zu verteidigen heißt London verteidigen. Amiens verlieren bedeute für Frankreich den Verlust der möglichen Hilfe in ihrem jetzigen Umfang. Dabei ist der große neue Verlust zwischen La Bassée und Antwerpen noch nicht berücksichtigt. Mit diesem Verlust hat England seit dem 21. März fast zwei Drittel seiner Gesamtfront verloren.

Baron Burian, Czernins Nachfolger.

Budapest, 17. April. Kaiser Karl hat den gemeinsamen Finanzminister Baron Burian von Rajecz zum Finanzminister und zum Minister des Äußeren ernannt.

Nachfolger des Grafen Czernin ist nun ein Mann geworden, der in der Erörterung über den vermittellichen Leiter der Kabinettsschäfte der Donaumonarchie fast gar nicht genannt worden ist. Und dennoch ist seine Ernennung keine Überraschung;

denn wer im Verlauf des Streites Czernin-Clemenceau ausserstänke die Wiener un- Budapest-Vertretungen verlor, konnte aus ihnen ergeben, daß die Bündnispolitik eine starke Betonung erfährt. Der Mann also, der während des Weltkrieges diese Bündnispolitik fast noch stärker betont hat, war Baron Burian, der bereits von Januar 1915 bis Dezember 1916 die äußere Politik der Donaumonarchie leitete. Clemenceau hat also das Gegenteil von dem erreicht, was er erreichen wollte. Die Person des Ministers des Äußeren hat gewechselt, der Kurs bleibt der alte. Die Ernennung Barons Burians ist als eine Befestigung der von Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm gerichteten Depeschens anzusehen. Die ungelöste Fortführung des Bündnispolitiks wird durch die Ämternungen bestätigt, die in der ungarischen amtlichen Veröffentlichung an die Nachricht von der Ernennung des Barons v. Burian geknüpft werden. Als Grund für sie wird ausdrücklich die politische Vergangenheit des neuen Mannes angegeben, der in alle schwebenden Fragen eingeweiht ist. Für v. Burian, der gegenwärtlich im 67. Lebensjahre steht, hat der größte Teil seiner diplomatischen Laufbahn in Rußland und auf dem Balkan zurückgelegt, er kennt also gerade diejenigen Verhältnisse sehr genau, deren



Baron Burian von Rajecz

Regelung durch den Dittrieden brennend geworden ist. Auf das innigste vertraut ist er namentlich mit der süd-slawischen Frage, mit der er sich als oberster Verwaltungs- und Befehlshaber jahrelang beschäftigt hat und auch jetzt noch beschäftigt muß. In Deutschland wird man die Ernennung Burians mit Genugtuung begrüßen, denn während seiner Tätigkeit als Minister des Äußeren hat er stets Wert darauf gelegt, alle politischen Entscheidungen, die so auf Jahrzehnte hinaus das Schicksal Europas beeinflussen, in enger Fühlungnahme mit der europäischen Reichsleitung zu fassen. Man wird also seiner Einführung in Deutschland vollstes Vertrauen entgegenbringen.

Rücktritt des Kabinetts Bekerele.

Budapest, 17. April.

Das Kabinett Bekerele hat beschlossen, seine Demission zu geben. Die Entscheidung des Kaisers ist noch nicht bekannt. Es gilt als möglich, daß Bekerele mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird.

Der Beschluß des Kabinetts wurde in einer Ministerkonferenz gefaßt, in der zum Ausdruck kam, daß die derzeitige Regierung nicht über die Mittel verfügt, die Wahlreform durchzuführen. Bekerele wird wahrscheinlich nach Rückprache mit Tisza — das Kabinett umbilden, d. h. die Minister, die einem Abkommen über die Wahlreform, das der Opposition Zugeständnisse macht, werden ausgeschiedet werden. Man hofft in politischen Kreisen, daß damit der Weg für die Wahlreform endgültig geebnet ist.

Wieder wertvolle Schiffsladungen versenkt.

Berlin, 17. April.

Amstlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet um die Ägaren wurden von einem unserer U-Boote in den letzten Wochen 3 Dampfer und 2 Segler versenkt.

Davon waren bewaffnet der griechische Dampfer „Mithra“ von 2240 Br.-Reg.-Tonn und der französische Dampfer „Dard Seban“ von 1540 Br.-Reg.-Tonn, auf letzterem befanden sich 150 Soldaten. Die Geschütze, je eine 9-Zentimeter- und 7,5-Zentimeter-Kanone, wurden erbeutet. Die für unsere Feinde bestimmten Ladungen waren besonders wertvoll. Sie bestanden aus Baumöl, Balkenerden, Erdnüssen, Baumwolle, Gummi, Wachs, Eisen und Stahl. Das U-Boot hat 27 Ton. Gummi und 5 Ton. Wachs für die deutsche Kriegswirtschaft in die Heimat mitgebracht.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Einnahme der Festung Batum.

Der türkische Seeresbericht von der Kaukasusfront meldet: Die Festung Batum ist gefallen. Nachdem der hartnäckig sich verteidigende Feind Schritt um Schritt auf den Hügel der Festung zurückgedrückt worden war, begann am 13. abends der Angriff auf die Werke der Südoberfront. In erbittertem Ringen gelang unseren tapferen, von frischem Angriffsgelde besetzten Truppen der Einbruch in die stark verbrücketen und ausgebauten Werke dieser Front. Während im weiteren Verlauf des Angriffs einige Nachbarwerke die weiße Flagge hielten, leisteten andere bis zum letzten Augenblick zähen Widerstand. Die Besetzung der Stadt und des Hafens vollzog sich ohne Kampf. Eine Abordnung der Bürger begrüßte unsere Truppen. In der Stadt herrscht Ruhe. — Die Zahl der Gefangenen und die Beute sind noch nicht festgelegt. Die blutigen Verluste des Gegners sind schwer.

Englische Minen in der freien Fahrt.

Berlin, 17. April.

Am 8. April ist der belgische Relieftdampfer „Minerva“ de Smet Raener“ und am 8. April der belgische Relieftdampfer „Flandres“ in der freien Fahrt zwischen dem deutschen und englischen Sperrgebiet um Minen gestochen und gesunken. Es sind ferner in letzter Zeit auch mehrere holländische Fischereifahrzeuge in der freien Fahrt durch Minen verlorengegangen. Laut Mitteilung der holländischen Zeitung „Telegraaf“ vom 17. März morgens enthält die englische Zeitung „The British News“ die amtliche englische Mitteilung, daß keine englischen Minen in der freien Fahrt oder in deren Nähe und außerhalb der von der englischen Marine bekanntgegebenen Gebiete gelegt seien.

Da, wie hiermit ausdrücklich festgestellt wird, von deutscher Seite in der freien Fahrt keine Minen gesetzt worden sind, kann es sich nur um feindliche Minen handeln.

Englische Verhältnisse.

Was man von unseren ...

die durch den U-Boot-Krieg geschaffene wirtschaftliche Notlage zu halten hat, erhebt sich freilich gegen die widersprechenden Behauptungen des Grafen Ludovik von Bülow, Sir Eric Geddes, und seines Bruders Sir Auckland Geddes. Ersterer sagte nämlich im Parlament über den Schiffbau:

„Wir waren berechtigt, einer stetigen großen Vermehrung der Schiffbauleistung entgegenzutreten. Leute, Material und Leistungsfähigkeit, alles war vorhanden. Der entliche Abfall der Neubauten läßt sich nur durch Unruhe unter den Arbeitern erklären.“

Demgegenüber heißt es in der eine Woche zuvor gehaltenen Rede des Hilfsdienstministers Sir Auckland Geddes, der „Times“ zufolge:

„Eine Folge der Verzögerung bei der Beschaffung von Material aus Amerika besteht darin, daß die Herstellung verzögert werden muß, und daß weniger Männer und Frauen beschäftigt werden, da ein gewisser Überfluß an Arbeitskräften in den Fabriken entsteht.“

Der eine der Gebrüder Geddes behauptet also, daß Rohstoffe in genügender Menge vorhanden wären, der andere behauptet das Gegenteil. Einmal von beiden kann nur wahr sein. Wer lügt?

Zustangriffe auf die Heimat.

Im Monat März.

Berlin, 16. April.

Der Gegner benutzte die im März besonders günstige Wetterlage zu 12 größeren Angriffen auf das lothringische Luxemburger Industriegebiet und 11 Angriffen gegen die Städte Mainz, Untertürkheim und Samstatt, Coblenz, Freiburg i. Br., Zweibrücken, Kaiserslautern, Mannheim, Ludwigshafen, Köln sowie einige Städtchen in der Pfalz und im Rheinland. Trotz des Einfasses sächsischer Geschwadern erzielten die Angriffe keinerlei militärischen Erfolg.

Bei den Angriffen auf das Industriegebiet an der Saar und an der Mosel fanden Betriebsstörungen von irgendwelchem Belang nicht statt; auch der in der Nacht vom 24./25. 3. mit einem Aufgebot von 50 bis 60 Flugzeugen unternommene Angriff blieb völlig wirkungslos. Ebenso ergebnislos war der Angriff auf die badische Anilin- und Sodafabrik bei Mannheim-Ludwigshafen am 18. 3. Der einzige militärische Schaden, den die Angriffe anrichteten, war das Inbrandgehen einiger Wagen mit Benzin. An nichtmilitärischen Gebäuden wurde überall einiger Sachschaden anrichtet. Bei dem Angriff auf Freiburg am 13. 3. wurden außer mehreren Privatbauten die Martinskirche und ein Krankenhaus erheblich beschädigt. Den Angriffen auf das Saargebiet fielen 5 Tote, 4 Schwerverwundete und 11 Leichtverletzte zum Opfer. Die Verluste bei den Angriffen auf die oben genannten offenen Städte waren hauptsächlich infolge des unvorsichtigen Verhaltens eines Teils der Bevölkerung höher als in den Vormonaten: sie betragen insgesamt 23 Tote, 22 Schwerverwundete und 86 Leichtverwundete. Der Feind büßte diese Angriffe mit einem Verlust von 8 Flugzeugen.

Kleine Kriegspoß.

Basel, 17. April. Nach einer Havasmeldung hat die belgische Militärbehörde beschlossen, sich ebenfalls dem einheitlichen Oberbefehl Fochs zu unterstellen.

Genf, 17. April. Wie aus Paris amtlich gemeldet wird, hat das weittragende Geschick die Beschiebung der Stadt am 16. d. Mts. fortgesetzt. 13 Tote, 46 Verwundete.

Die neuen Steuervorlagen.

Ein Überblick.

Branntwein-Monopol — Biersteuer — Weinsteuern — Erhöhung der Schaumweinsteuer — Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken — Erhöhung der Postgebühren — Kriegssteuern für Gewerkschaften — Öbstersteuern — Reichs- und Wechselstempel — Umsatzsteuer — Verhütung der Steuerflucht.

Soeben sind dem Reichstag die vom Bundesrat genehmigten Steuervorlagen zugegangen. Die elf Vorlagen bilden ein stattliches Bündel und enthalten viele hundert Paragraphen, aus denen nachfolgend eine Gesamtübersicht über das geplante Werk der Stärkung der Reichsfinanzen gegeben sei. Der Reichshaushalt für das eben begonnene Staatsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 2,875 Milliarden (gegen 1,250 Milliarden im Vorjahre). Die neuen Steuern sollen nur diesen Fehlbetrag decken. Deshalb sind auch die jetzigen Steuern, wenn sie durch Annahme im Reichstage Wirklichkeit werden, nur als eine einseitige Ausbülde zu betrachten, da nach dem Kriege im ersten Friedenshaushalt natürlich wieder die Ausgaben

nur die jetzt aus dem besonderen Kriegsfonds gelieferten Posten Meer und Flotte ersetzten werden. Dazu treten dann die Aufwendungen für den Ausbau, für die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorge, die Verzinsung der Kriegsanleihen und die Neuregelung der Beamtengehälter. Kann es sich also nur um eine vorläufige Regelung handeln, so wird doch auf einzelnen Gebieten gründlich und anscheinend für absehbare Dauer auch erschöpfend eingegriffen.

Branntwein-Monopol.

Zum erstenmal erscheint damit ein Reichsmonopol in der Steuergesetzgebung. Der Vorschlag läuft im wesentlichen auf die Verstaatlichung der Spirituszentrale hinaus. Die Monopolverwaltung besteht aus einer Behörde, dem Monopolamt, und einer G. m. b. H. nach dem Muster vieler Kriegsgesellschaften. Die Menge der Destillateure wird durch eine beschränkte Anzahl großer staatlicher Rührkessel abgeleitet. Die Entschädigung der Destillateure verteilt sich auf 10 Jahre und wird sehr bald aus eigenen Mitteln des Monopolamts erfolgen können, so daß zurzeit nur eine Anleihe von 50 Millionen erforderlich erscheint. Bei der Preisfestsetzung wird der Branntwein außerordentlich stark angefaßt. Aus dem Hektoliter sollen rund 400 M. herausgezogen werden. Ein Zehntel der Branntweinherzeugung bleibt vom Monopol unberührt und der Herstellung der feinen Liköre vorbehalten, von denen eine Verbrauchssteuer von 1 M. pro Liter erhoben werden wird. Der Monopolpreis für Trinkbranntwein wird nur für die Flasche festgesetzt. Zum Schutze der Verbraucher werden auch ganz kleine Flaschen in den Handel eingeführt werden. Der Gesamtertrag soll 847 Millionen jährlich sein, gegenüber der jetzigen Abgabe ein Mehr von 641 Millionen.

Biersteuer.

Bei diesem Vorschlag ist man von der Rohstoffsteuer zu einer Fabriksteuer übergegangen mit Rücksicht darauf, daß sich der Alkoholgehalt in den letzten Jahren gewaltig verringert hat (von 19 Kilogramm pro Liter auf 11 Kilogramm im Jahre 1916 und 6,24 Kilogramm im Jahre 1917). Die Säure werden gesteuert, so daß kleinere Brauereien weniger getroffen werden als die Großbrauereien. Für Starbier wird ein Zuschlag von 50%, für Einfachbier ein ebenso hoher Zuschlag eingeführt. Neu ist die Besteuerung der Erzeugung, bei deren Überschreitung Zuschläge von 50 bis 100% zu zahlen sind. Der Ertrag der Steuer ist für die Brauereigenossenschaft auf 401 Millionen, für die Ausgleichsbeträge der süddeutschen Bundesstaaten auf 104 Millionen, von dem gleichzeitig erhöhten Bierzoll auf 8 Millionen geschätzt, im ganzen also auf 513 Millionen gegenüber einem Friedensertrag von 339 Millionen.

Wein- und Schaumweinsteuer.

Die bekanntlich vom Reichstag bisher immer wieder abgelehnte Weinsteuer ist eine einseitige Wertsteuer in Höhe von 20%. Nicht nur Traubenweine und Traubenmost, sondern auch weinähnliche Getränke, Obst- und Beerenweine und weinartige Getränke wie Vermouth-Wein, sind zu versteuern. Die vorgezeichnete Nachsteuer trifft auch Weine im Privatbesitz, sobald die Kellerräume mehr als 30 Flaschen betragen. Der Ertrag wird auf 100 Millionen geschätzt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der bisherige Widerstand der Erzeuger nicht mehr gerechtfertigt erscheint, zumal angesichts der gewaltigen Wertverwertung des Weines gerade in den letzten Jahren, wo stellenweise ein Fuder Rheinwein von 500 M. auf 5000 M. gestiegen ist, und angesichts der günstigen Wirtschaftslage der Bürger (im Bezirk Erlanger ist in den Gemeinden von weniger als 2000 Einwohnern von 1916 auf 1917 der Einkommensteuerertrag durchschnittlich um 48% gestiegen). Gleichzeitig mit der Einführung der Weinsteuer wird die bisher gesteuerte Schaumweinsteuer einseitig auf einen Satz von 3 M. pro Flasche gebracht und die Verbrauchssteuer durch Kellerkontrolle ersetzt (geschätzter Mehrertrag 20 Millionen).

Mineralwässer und künstliche Getränke.

Um nicht den Ertrag der Steuer aus den alkoholfreien Getränken von vornherein zu gefährden, soll eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke eingeführt werden, d. h. der natürlichen und künstlichen Mineralwässer (2,5% Bf. für die Halbliterflasche), Limonaden (6 Bf.) und der konzentrierten künstlichen Limonaden, Syrupe usw. (60 Bf. pro halber Liter). Der Mehrertrag ist mit 51 Millionen veranschlagt. In diesem Zusammenhang erhöhen sich auch die bisherigen Steuern auf Kaffee, Tee- und Kakao-Säfte (Mehrertrag 75 Millionen).

Erhöhung der Postgebühren.

Die Gebühren für den Postverkehr, die schon einmal

im Laufe des Krieges erhöht, sollen eine abermalige Steigerung erfahren. Ortsbriefe sollen künftig bis 20 Gramm 10 Bf., darüber 15 Bf. kosten. Die Postkarte soll sich im Ortsverkehr auf 10 Bf., im übrigen auf 15 Bf. verteuern. Die Druckflächen bis 50 Gramm von 5 auf 5 Bf., bis 100 Gramm von 5 auf 7 1/2 Bf., über 100 Gramm von 10 auf 15 Bf. usw. Für Geschäftsbriefe, Warenproben und Musterlieferungen ist ein Zuschlag von 5 Bf. für 5-10-Karte eine weitere Erhöhung von 10 Bf. in der ersten Zone und 15 Bf. für weitere Entfernungen vorgesehen, die sich bei Karten über 5 Kilo auf 20 Bf., 30 Bf., 40 Bf., 50 Bf., 60 Bf. erhöhen werden. Die Postanweisungen, die sich bei Beträgen bis 100 M. um 5 Bf., bei Beträgen über 100 M. um 10 Bf. verteuern sollen. Die Telegrammgebühren erhöhen sich von 7 Bf. für das Wort abermals um 1 Bf., die Fernsprechkosten durchweg um weitere 10%. Die neuen Gebühren sollen am 1. Oktober in Kraft treten und insgesamt einen Mehrertrag von 125 Millionen jährlich bringen.

Kriegsgewinne der Gesellschaften.

Bei den Plänen für die Kriegsgewinnsteuer hat man sich jetzt von einer Erneuerung für physische Personen abgesehen und nur in Gestalt einer besonderen Gesellschaftsteuer, die Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. herangezogen. Diese freilich mit erhöhten Sätzen. Es ist ein Normaltag von 60%, vorgegeben und eine Verminderung, so daß sich bei Gewinnen unter 500.000 M. Sätze von 30, 36, 42, 48 und 54% ergeben. Der Einheitsatz von 60% wird erhoben bei Mehrerträgen von 500.000 M. vorausgesetzt, daß die Verzinsung des Grund- oder Stammkapitals mehr als 25% erreicht, und von allen Mehrerträgen, ohne Rücksicht auf die Rentabilität, bei Mehrerträgen von mehr als eine Million. Hier handelt es sich natürlich nur um eine einmalige Steuer (da ja nach dem Friedensschluß Kriegsgewinne nicht noch einmal befreit werden können). Der Ertrag wird auf 500 bis 600 Millionen geschätzt.

Die Stempelgebühren.

Es soll eine Erhöhung des Wechselstempels von 1/2% auf 2% eine Erhöhung des Latensstempels, eine Erhöhung der Antikiensteuer von 8 auf 20% und endlich eine neue Besteuerung des Börsumsatzes durch Erhöhung des Schlussnotenstempels erfolgen, welche letzterer gleichzeitig abgehebt wird, und zwar zwischen Rundgeschäften auf der einen und Geschäften der gewerkschaftlichen Effektenhändler unter sich auf der anderen Seite. Neu ist, daß auch Reichs- und Staatsanleihen, ja sogar die Kriegsanleihen künftig dem Börsumsatz unterliegen sollen; Kriegsanleihen freilich zu noch niedrigerem Satze als die übrigen Reichs- und Staatsanleihen. Der Mehrertrag ist auf 200 Millionen veranschlagt.

Umsatzsteuer für Waren und Leistungen.

Rund eine Milliarde soll aus dieser Besteuerungsart genommen werden. Der Warenumsatzstempel wird von 1% auf 5% erhöht, zugleich aber sollen künftig nicht nur Waren, sondern auch Leistungen getroffen werden, also beispielsweise die Koffenaustellungen der Ärzte und Rechtsanwälte, die Werke von Schriftstellern und Künstlern, die Zeitungsinterate usw. In den Warenumsatzstempel ist auch eine Luxussteuer hineingearbeitet: für Luxuswaren (Zweifelwaren, kunstgewerbliche Arbeiten, Antiquitäten, Musikinstrumente, Handwaffen, Land- und Wasserfahrzeuge mit Motorbetrieb, Teppiche und Pelzwerk) steigen die Sätze bis 20%.

Gegen die Steuerflucht.

Den Abschluß des ganzen Werkes bildet ein für Deutschland völlig neues Gesetz, ein Steuerfluchtgesetz, das die Abwanderung der Kapitalisten verbieten soll. Es besteht zweifellos die Gefahr, daß in der Übergangszeit, unmittelbar nach dem Aufhören der scharfen Grenzkontrolle, manche Kapitalisten sich an schon gelegene Steuerlöcher des neutralen Auslandes zurückziehen versuchen werden.

Das Gesetz bestimmt, daß alle abwandernden Personen künftig noch für 5 Jahre steuerpflichtig gegenüber dem Reich, den Bundesstaaten wie den Kommunen bleiben und verpflichtet sind, eine 20%ige Sicherheit von ihrem Gesamtvermögen bei der Abwanderung zu hinterlegen. In den angebotenen Strafen kommt im Falle der Steuerflucht die Ausbürgerung und Ausweisung hinzu, die sich auch auf Frauen und Kinder erstreckt und auch diesen für alle Zeit die Rückkehr in die alte Heimat unmöglich machen würde.

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von G. Martell.

36]

Nun traten auch wieder feste Umrisse aus dem schleierhaften Gemenge. Das Backhaus stand noch, aber als Raum zu erkennender Ruine. Die untere Hälfte des schweren Ziegeldaches, die den offenen Gang schützend und verdunkelnd weit überragte hatte, war in ihrer ganzen Länge herabgestürzt und hatte die Stützpfosten und das Ganggeländer mitgerissen. Drunter türmten sich die Trümmer bis über die Fenster des Erdgeschosses, und noch rüsteten geloderte Sparren und Ziegel nach und stürzten prasselnd herab.

Es war ein lebensgefährlicher, von der niederregenden Nachzügeln schwer bedrohter Weg, der über den Trümmerhaufen — Margarete sah angstvoll ihren Vater über das Chaos hinstapeln, hier verpeitende Balken zur Seite schlenkernd, dort bis über die Knie zwischen Sparrwerk und Ziegelscherben einfindend, aber er kämpfte sich binnen wenigen Sekunden durch und verschwand im Dunkel des Torweges. Verschiedene Ausschritte von den Fenstern des Vorderhauses hatten seine Anstrengungen begleitet, und nun stürzten alle Insassen des Hauses in den Hof hinaus — Tante Sophie, das gesamte Dienstpersonal, und fast zugleich auch die Herren aus der Schreibstube. Sie alle schauderte der Sturm sofort dahin, wo Margarete stand unter die Linden, an die festen Mauern des Weberhauses.

Nun, dem Herrn konnte nichts mehr geschehen! Die mächtige Formgebung dort, welche ihn aufgenommen, rüttelte auch der wütendste Orkan nicht um; aber das Kind, das arme „Kügelchen“, das war mit heruntergerissen, das lag erschlagen unter der grauen Last! Eben noch hatte es Wärme von ihrem Köpfchen aus auf dem Gange zu spüren ehen.

Das Gesicht der alten Witvin war fast vor Entsetzen wie das eines Besessenen: aber noch im Augen-

und gegen den Sturm kämpfend, sagte sie mit zitternden Lippen: „Na, ihr Leute — da ist's ja! Hat nun die alte Bärbel recht oder nicht?“

Tante Sophie band ihr Taschentuch um die starrternden Haare und nahm ihre Röcke fest zusammen. Trotz der immer noch fallenden Ziegel und Holzstücke und des sie wütend umfahrenden Sturmes rannte sie über den Hof nach dem Trümmerhaufen, unter welchem das arme, erschlagene Kügelchen liegen sollte, und die anderen folgten ihr unverweilt. Aber fast zu gleicher Zeit erhob sich der Kommerzienrat droben in der offenen Stadtterrasse, welche aus den Gang hinausführte. Er winkte abwehrend mit der Hand.

„Zurück! Es ist niemand verunglückt!“ rief er herab. „Nun, Gott sei Dank!“ — Die Gesichter hellten sich auf. „Möchte doch nun noch von dem wackeligen Dach herabfallen, was wollte — es tat niemand weh, und den sonstigen Schaden besteuern Zimmermann und Dachdecker. Man konnte getroffen in den schützenden Hausflur retzieren.“

„Na ja — um ein Haar war's geschehen.“ sagte Würde in resigniertem Tone und rieb sich mit der Schärze den Staub vom Gesicht. „Es ist mir unbegreiflich, daß der Junge da hingefallen ist — rein unbegreiflich! Im letzten Augenblick stand er doch gerade noch beim Geländer.“

„Sei nicht so einfältig, Bärbel!“ fuhr Reinhold auf sie hinein. „Du tust ja wirklich, als sei eines von unserer Familie in Gefahr gewesen und die Lamprechts hätten womöglich Trauer anlegen müssen, wenn der Waterjunge verunglückt wäre. Albernes Gewäsch! — Aber so seid ihr alle! Nur was euresgleichen angeht, kann euch aufregen: der Schaden aber, den die Herrschaft von der dummen Besichtigung hat, der ist für euch Lappalie! Ihr denkt, wie haben das Geld schaffweise, und da kann drauf und drein gehaust und gewämt werden — ich kenne euch!“

„Der Spaß da draußen wird uns einen schönen Taler Geld kosten.“ sagte er zu den Herren der Schreibstube, indem er mit dem Kopfe nach dem Backhaus hinstierte. „Es ist unverantwortlich vom Papa, daß er die Hintergebäude so verfallen läßt. Mir darf-

nert so etwas später einmal ganz gewiß nicht; mir entgeht kein verschönerer Ziegel — darauf können Sie sich verlassen — und sollte ich auf allen vieren in die Bodenecken kriechen und nachsehen! Ja, und —“ Er verstummte plötzlich, der Kommerzienrat kam eben über den Hof zurück.

Noch sah er tief erregt aus. Sein Auge begegnete kalt abweisend den gespanntesten Blicken der Leute; es schien, als wolle er von vornherein jede Frage abwehren — das Sprechen mit seinen Untergebenen war ja überhaupt seine Sache nicht.

Er winkte dem Hausknecht, gab ihm ein Medizinergläschen, welches er in der geballten Hand mitgabte, und schickte ihn nach der Apotheke. „Der alte Frau drüben hat der Schreck geschadet, sie ist sehr unwohl.“ sagte er kurz, fast barisch, und doch wie verlegen entschuldigend zu Tante Sophie, und eine leinere Röcke ließ über seine Stirn — es war ja nur ein feiner Samariterdienst, eine selbstverständliche Hilfeleistung einem erkrankten Mitmenschen gegenüber, aber von seiten des unnahbaren, hochmütigen Mannes blieb es eine unbegreifliche Herablassung, und wie es schien, am meisten in seinen eigenen Augen.

Margarete machte es in diesem Augenblick wie vorhin Tante Sophie, sie band mit flinken Händen ein Tuch über den Kopf und ging schweigend nach der Poststube.

„Wo hinaus, Gretchen?“ fragte der Kommerzienrat und griff nach ihrem Arm.

Sie strebte nichtsdestoweniger weiter. „Ich will nach der kranken Frau sehen, wie es sich ja ganz von selbst versteht.“

„Das wirst du bleiben lassen, mein Kind.“ sagte er gelassen und zog sie näher an sich. „Es versteht sich durchaus nicht von selbst, daß du dich um eines Krampfanfalls willen in die Gefahr begibst, schwer verletzt zu werden. Frau Lenz soll an demartigen Anfällen sehr oft leiden, und es ist noch niemand in Vorderbau eingestiegen, ihr beizuhelfen. Ein solches Hinüber und Herüber ist überhaupt noch nie bei uns Braud gewesen, und ich wünsche durchaus nicht, daß darin etwas geändert werde.“

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 17. April, abends. (Wkb. Amtlich.) Auf dem Kampffeld der vorjährigen Flandernschlacht wurden Poelcapelle und Langemarck genommen.

Großes Hauptquartier, 18. April. (Wkb. Amtlich.) Eingegangen nachmittags 1/3 Uhr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Der Feind überließ uns gestern große Teile des von ihm im monatelangen Ringen mit ungeheuren Opfern erlängten flandrischen Bodens. Die Armee des Generals Sixt von Arum nahm dem schrittweise weichenden Feinde, scharf nachdrängelnd, Poelcapelle, Langemarck und Zonnebelle und warf den Feind bis hinter den Steenbach zurück. Südlich des Bantlaarts-See hemmte ein feindlicher Gegenstoß unser Vorwärtsdrängen.

Deutscher Reichstag.

(147. Sitzung.) C.R. Berlin, 17. April. Vor sehr schwach besetztem Hause trat heute der Reichstag in die Beratung ein.

Haushaltungsanstalten für die Postverwaltung

ein. Es liegt ein Beschluß des Hauptausschusses über eine Ergänzung des Besoldungsgefüges vor, wodurch vornehmlich die Gehälter der gehobenen Unterbeamten verbessert werden sollen.

Abg. Meyer-Herford (natl.) berichtet über die Ausnahmeverhandlungen. Diese Ergänzung des Besoldungsgefüges beschloß der Reichstag schon 1914, leider ist ihr aber der Bundesrat nicht beigetreten, da er sie während des Krieges für andurchführbar hielt. Wir sind anderer Meinung und erleben die Forderung von neuem. Redner begrüßt dann den neuen Staatssekretär und macht Mitteilungen über den gestiegenen Postverkehr. 1917 sind durchschnittlich täglich noch dem Felde 10,6 Millionen Briefsendungen und 1,9 Millionen Päckchen aufgefördert worden. Bei den Feldpostanhalten wurden täglich 8,8 Millionen Briefsendungen aufgegeben. Der gesamte Feldpostverkehr umfaßte 17 Milliarden Sendungen im Jahre 1917. Staatssekretär des Reichspostamts Rüdlin: Die Mehr- und Ausgaben entfallen im wesentlichen auf den ordentlichen Etat und zwar in der Hauptsache auf die erhöhten Gehälter und den Fernsprechebetrieb. Im außerordentlichen Etat entstehen die Mehrforderungen hauptsächlich durch die Anlage unterirdischer Kabel. Bei der Einrichtung neuer Stellen waren wir sparsam, die Zahl der angestellten Hilfskräfte hat zugenommen. Dabei steht nicht immer der rechte Mann auf dem rechten Platz, trotzdem fallen die Postdiebstähle nicht ausschließlich den Beamten zur Last. Die Vollbeförderung durch die Straßenbahnen hat sich verbessert, wir wollen sie auch im Frieden beibehalten. Die Lage der Postbeamten soll dadurch gebessert werden, daß die Gehälter möglichst in Einklang mit den Lebensverhältnissen gebracht und gehalten werden. In diesem Jahre soll dem Personal auch wieder der volle Erholungsurlaub wie vor dem Kriege gewährt werden. (Beifall.)

Abg. Haack (Centr.) schließt sich dem Dank des Reichstages für die großen Leistungen der Postverwaltung an und gedenkt der Post- und Telegraphenbeamten, die ihr Leben vor dem Feinde für das Vaterland gelassen haben. Das Hauptaugenmerk der Post müsse jetzt auf Verhütung der vielen Diebstähle gerichtet sein, die nicht immer auf bösen Willen, sondern oft auch auf die Not der Hilfsangehörten zurückzuführen seien. Der von der Post geleistete Schadenersatz sei von 300.000 Mark im Jahre 1914 auf 3,1 Milliarden Mark im Jahre 1917 gestiegen. Redner klagt dann noch über die Beförderungsverzögerung, die viel zu langsam sei, so daß zahlreiche Lebensmittel verderben.

Staatssekretär des Reichspostamts Rüdlin: Die gewiß bedauerlichen Postdiebstähle werden so lange nicht verhütet werden können, als wir kein eingearbeitetes, zuverlässiges Personal haben. Viele Sendungen gehen übrigens schon auf dem Wege zur Post, viele auf der Eisenbahn verloren. Die 3 Mark für ein Kilo verlorene gegangener Sendungen, die von der Post als Schadenersatz gezahlt werden, sind natürlich ein unzulänglicher Ersatz, aber während des Krieges kann das Entschädigungsgebot nicht geändert werden.

Abg. Landadel (Soz.): Die Postdiebstähle sind auf die während des Krieges gesunkene Moral zurückzuführen. Entschieden zu verwerfen sind Einschränkungen der Postfreiheit für Feldpostsendungen. Nicht angebracht ist die Wiedereinführung von Otmarsenulagen für Postbeamte.

Abg. Dührig (Sp.): Das der neue Staatssekretär nicht vom Bau ist, ist kein Unglück. Gerade die vielbespottete Ara des Dularengenerals v. Poddiehl war reich an großartigen Postreformen. Wir vertrauen dem neuen Staatssekretär. Das Haus verläßt sich darauf auf morgen 3 Uhr.

Mit vereinter Kraft.

Sicherung der Versorgung durch Landwirtschaft und Handel.

Die amtlichen Handelsvertretungen haben sich dieser Tage durch ihre Vereinigung, den Deutschen Handelstag, in einem Schreiben an die Bundesregierung zur praktischen Mitarbeit an der genossenschaftlichen Erfassung der Nahrungsmittel bereit erklärt. Für die Ermittlung der zur Beteiligung an den Geschäftsstellen der Kommunalverbände berechtigten und geeigneten Firmen sollen den zuständigen Behörden die amtlichen Handelsvertretungen zur Verfügung stehen. Der Handelstag schlägt vor, die beteiligten Firmen nach Geschäftszweigen oder größeren Verwaltungsbezirken zusammenzuschließen und die Geschäftsstellen zu unmittelbaren Beauftragten der Kommunalverbände zu bestellen. Zur Durchführung ihrer Aufgaben sollen sich die Geschäftsstellen der Mitwirkung von Unterkommisionären bedienen. Zur Deckung der Unkosten soll eine Vermittlungsgebühr erhoben und die größere Verbindlichkeit ist den Unterkommisionären eingeräumt worden, um der Betätigung des einzelnen Aufkäufers auch weiterhin einen ausreichenden Ansporn zu geben. Der deutsche Handelstag verlangt weiter, daß den Geschäftsstellen auch die Verteilung der von ihnen erhaltenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf die Bedarfsstellen des Kommunalverbandes übertragen werde.

Mit den Vorschläge des Kriegs-Ausschusses der deutschen Landwirtschaft in der Öffentlichkeit bekannt wurden, standen zahlreiche Verbände des Handels dem Vorgehen der Landwirtschaft ziemlich ablehnend gegenüber. Es wurde vermieden, sich wie die Landwirtschaft sofort zur praktischen Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Nunmehr hat der Handel Gegenvorschläge in gleicher Richtung gemacht. Diese Vorschläge sind vielleicht einseitig, aber es ist immerhin eine Grundlage für eine Verhandlung mit der Landwirtschaft vorhanden. Es ist zu hoffen, daß auch eine Einigung für ein zweckvolles Zusammenarbeiten erzielt werden wird.

Eine Einigung mit den landwirtschaftlichen Körperschaften muß vor allem nach der Richtung hin angestrebt werden, damit das Prinzip der neuen Ausbringungsart, welches die Träger der Erzeugung auch zu den Trägern der Erfassung der Produktion machen will, nicht umgestoßen wird. Der Deutsche Handelstag stellt seine eigenen Organisationen in den Vordergrund und läßt die landwirtschaftlichen Genossenschaften gewissermaßen als

Nördlich von der Lys gewonnen wir unter starkem Feuerbeschuß Boden und läuderten einige Maschinengewehrnestler. Die Kämpfe der letzten Tage brachten mehr als 2500 Gefangene, einige Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein.

Au der Schiffsfront zu beiden Seiten der Somme nahm der zeitweilig auflebende Feuerkampf bei Moreuil und Montdidier größere Stärke an.

Auf dem Ostufer der Maas hatten kleinere Unternehmungen bei Ornes und Watrouville vollen Erfolg und brachten Gefangene ein. Nördlich von Fivry (zwischen Maas und Mosel) scheiterte ein starker französischer Vorstoß unter blutigen Verlusten.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

eine Unterorganisation des Handels auf, die von der Mitarbeit nicht ausgeschlossen werden sollen. Wenn man es nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft auch verstehen kann, daß der Handel sich in den Geschäftsstellen der Kommunalverbände ein möglichst weites Feld der Betätigung zu sichern versucht, so sollten die landwirtschaftlichen Genossenschaften doch in den Hintergrund gedrängt werden. Der Handelstag fordert, daß nur die Handelsformen (zu denen auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften zählen), für die Bildung der Geschäftsstellen herangezogen werden sollen, die bereits vor dem 1. August 1914 den Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in unmittelbarem Verkehr mit den Erzeugern des Kommunalverbandes betrieben haben. Da während des Krieges die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften eine größere Vermehrung erfahren hat als die der privaten Handelsfirmen, würde die Durchführung einer solchen Forderung die Ausschaltung der nach dem 1. August 1914 entstandenen landwirtschaftlichen Genossenschaften bedeuten, und somit dem Sinn der Richtlinien des Kriegsernährungsamtes direkt entgegenlaufen. Das Kriegsernährungsamt hatte im Interesse einer möglichst reiflichen Erfassung der Nahrungsmittel die Veranziehung aller landwirtschaftlichen Genossenschaften gewünscht, weil das Erfassungssystem gerade auf dem Vertrauen und der Kontrolle von Landwirt zu Landwirt aufgebaut sein sollte; der private Handel aber will einen Teil der schon bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften ausschließen und die Bildung neuer Genossenschaften gänzlich verhindern. Das würde ein Zusammenarbeiten von Landwirtschaft und Handel nicht begünstigen, noch das Gelingen des Erfassungsgleichnisses gewährleisten.

Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß die amtlichen Handelsvertretungen die Grundlage für die Mitwirkung des Handels einer Nachprüfung unterziehen, damit eine gleichberechtigte Vertretung von Landwirtschaft und Handel in den Geschäftsstellen der Kommunalverbände nicht erschwert und ein gedeihliches Zusammenwirken der beiden Kräfte ermöglicht wird. F. B.

Neueste Meldungen.

Ein halbamtliches Dementi.

Berlin, 17. April. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz berichtet über angebliche Rücktrittsabsichten des preussischen Ministers des Innern. Wir stellen fest, daß an diesen Berichten kein wahres Wort ist, und daß die Kombinationen, die die Korrespondenz mit ihrer Nachricht verbindet, jeder Grundlage entbehren.

Moskauer Empfangsvorbereitungen.

Berlin, 17. April. Das Volkswirtschaftliche Amt für auswärtige Angelegenheiten in Moskau hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß es dem Eintreffen der deutschen diplomatischen Abordnung in Moskau entgegenstehe und alle Anordnungen für ihren Empfang getroffen habe. Die russische Regierung hat für den Grafen Mirbach bereits ein Haus in Moskau zur Verfügung gestellt und wird die Mission, die morgen Berlin verläßt, an der russischen Grenze mit einem Extrazug abholen lassen.

Burian und Czernin.

Budapest, 17. April. Die Ernennung Burians wirkte hier überrauschend und wird auf einen Vorschlag Czernins, der für Burian eingetreten sei, zurückgeführt. Die Demission des Rabinets Werelce ist als eine direkte innerpolitische Folge der Ernennung Burians anzusehen.

Der österreichische Heeresbericht.

Wien, 17. April. Der heutige Heeresbericht meldet, daß an zahlreichen Stellen der italienischen Front feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen wurden.

Eine Rede Lloyd Georges.

Genoa, 17. April. Im britischen Unterhause erklärte Lloyd George in Verantwortung einer Rede Dillons, daß Irland nicht verlangen könne, bezüglich der Dienstpflicht anders behandelt zu werden als Schottland und Wales. Dillons Behauptung, daß der Krieg erfolgreicher hätte geführt werden können, falls sie sich zusammen, wenn man erwäge, daß das große Rusland aus dem Kriege ausgeschieden sei. Eine Regelung der irischen Frage zu aller Zufriedenheit läge wohl allen am Herzen.

Dänkirchen und Calais bedroht.

Genoa, 17. April. Wie aus London berichtet wird, spricht die englische Presse von der Absicht der englisch-französischen Seestreitmacht, Dänkirchen und Calais räumen zu lassen.

Englands Kartoffelnot.

Bern, 17. April. Das britische Lebensmittelzeugungsamt erucht in einem dringenden Aufruf die Landwirte, die diesjährige Kartoffelbestellung auf eine Million Acres auszuweiten. Der Grund für diese Maßnahme liegt darin, daß das gesamte Gelände hinter den britischen Linien vor der Kriegsschlacht für den Kartoffelanbau zur Verfügung der englischen Truppen reserviert und bereits für die Bestellung bereit war. Nachdem dieses Gelände durch die Schlacht verlorengegangen ist, wird die englische Landwirtschaft erucht, den Kartoffelanbau entsprechend zu vergrößern.

Die konstituierende Versammlung der Ukraine einberufen.

Kiew, 17. April. Die kleine Rada hat die Einberufung der ukrainischen konstituierenden Versammlung für den 12. Mai auf Grund der Dezember- und Januarwahlen mit Nachwahlen in den Bezirken, in denen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, beschlossen.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Eintreffen amerikanischer Truppen an der englischen Front.

Lugano, 18. April. (tu.) Wie aus Paris

berichtet wird, wird dort die vergebliche Ankunft amerikanischer Truppen an der englischen Front angekündigt.

Der Ruf nach Fochs Armeen.

Genf, 18. April. (tu.) Oberst Roussel schreibt im Petit Parisien, Hindenburg mache von seiner Taktik, die Truppen schnell von einem Punkte zu einem andern zu transportieren, einen wahrhaft furchtbaren Gebrauch. Herve verlangt im Viktoire die Einsetzung stärkster Reserven Fochs, um die englische Armee zu rächen. Calais sei ebenso wichtig wie Paris.

Eine Bedrohung der englischen Kohlenminen.

Lugano, 18. April. (tu.) Herve erklärte in der Liberte, das weitere Vordringen der Deutschen gegen Bethune werde eine Bedrohung der französischen Kohlenminen bedeuten, die nunmehr bloß noch 15 Kilometer von der Kampffront entfernt sind. Herve stellt in dem Blatt die Frage, wollen oder können die britischen und portugiesischen Truppen uns vor deutschen Verstärkungen bewahren?

Deutsche Flieger über Le Havre.

Lugano, 16. April. (tu.) Die amtliche Pariser Meldung besagt, deutsche Flieger bombardierten Le Havre.

Vor einem neuen Kampfabschnitt.

Genf, 18. April. (tu.) Der „Temps“ meldet: Die Artillerie-Tätigkeit an der ganzen Front steigerte sich in den letzten 48 Stunden wieder. Wir sehen allem Anschein nach vor einem neuen Abschnitt der großen Kämpfe.

Paris im Geleitflug geräuschlos überflogen.

Genf, 18. April. (tu.) Zum Fliegerangriff vom 13. April berichten Lyoner Blätter, daß die deutschen Flieger bei ihrem Angriff eine neue Taktik anwendeten. Sie überflogen Paris geräuschlos im Geleitflug. Nach den Angaben des Petit Parisien sind mehrere Bomben im Judenviertel hinter dem Hotel de Ville niedergefallen. Mehrere Straßen wurden zerstört.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die Abordnung der vereinigten Landesräte von Ostland, Estland, Riga und Oesel ist jetzt in Berlin eingetroffen. Die Abordnung, der außer Deutsch-Balten auch Esten und Letten angehören, wird vom Reichstagspräsidenten nach dessen Rückkehr aus dem Hauptquartier empfangen werden, und ihm bei dieser Gelegenheit die bekannten Wünsche ihrer Heimat nach einem engen Anschluß an das Deutsche Reich, wie sie bereits in der Halbdigungsrede in den Kaiser zum Ausdruck kamen, ausprechen.

+ Das Mitglied des Kriegsernährungsamtes Kupprecht hielt in Dresden einen Vortrag über den Stand unserer Ernährungsaussichten. Er wies dabei auf die Verflechtung einzelner Bundesstaaten auf ihre Reservatrechte hin. Herr Kupprecht kündigte ferner an, daß möglicherweise eine Verkleinerung der Brotration und vielleicht auch eine kleine Verringerung der Kartoffelration zeitweise eintreten müßte, falls die Vorräte aus der Ukraine nicht rechtzeitig und nicht in genügendem Maße eintrafen. Die Rationierung von Brot und Fleisch werde noch jahrelang dauern.

Aus In- und Ausland

Paris, 17. April. Solo Pascha ist heute Morgen in Vincennes erschossen worden.

Bern, 17. April. Die französische Presse beschäftigt sich noch immer mit dem Briefe Kaiser Karls und erklärt, die Hauptfrage sei, warum der Schritt des Kaisers keine Folgen gehabt habe.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, 15. April 1918.

Am Regierungstisch Dr. Nagel. Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 1/2 5 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare vom 22. Juni 1900.

Abg. Born (Kons.) spricht die Zustimmung seiner fraktion zu der Vorlage aus. Zu billigen sei es auch, daß die Mindestsätze nicht erhöht worden seien, so daß es möglich erscheine, dem sozialen Moment Rechnung zu tragen. Einzelheiten seien in der Deputation zu prüfen.

Abg. Helbig (Soz.): Seine Freunde erhöhen gegen die Vorlage in Anbetracht der Verhältnisse keine Einwendungen. Den Nutzen würden allerdings in der Hauptsache die Anwälte mit großer Praxis haben. Er knüpfte an die Zurückstellung seiner Bedenken die Voraussetzung, daß die Anwälte auf eine Besserung der Lage ihrer Angehörten Bedacht nähmen. Es solle ein Angestelltenauschuß eingesetzt werden, der, mit den Arbeitgebern, den Anwälten, verhandelt.

Abg. Dr. Jöpkel (Natl.): Die Nationalliberalen ständen dem Entwurfe mit derselben Sympathie gegenüber wie die anderen Parteien. Die Einkommensverhältnisse der Anwälte seien außerordentlich schwer. Ein großer Teil habe unter 3000 Mark Jahresverdienst. Eine Umlage der Geschäftsunkosten auf die Mandanten sei wegen der festen Sätze der Gebührenordnung nicht möglich. Das sei bei der Entlohnung der Angestellten zu berücksichtigen. Einige Aenderungen ließen sich erwägen. Der Redner beantragte Ueberweisung des Entwurfs an die Gesetzgebungsdeputation.

Vizepräsident Dr. Spieß (Kons.): Die Anwaltsvereine seien bemüht, die Lage der Angestellten günstig zu gestalten. Wenn dies nicht immer gelinge, so liege es an dem vielfach geringen Einkommen der Anwälte. Daher sei es auch wünschenswert, die Gehaltserhöhung nicht auf die Kriegsdauer zu beschränken.

Justizminister Dr. Nagel begrüßt die freundliche Aufnahme der Vorlage im Interesse der Anwälte. Auf Einzelantragungen könne in der Deputation eingegangen werden. Daß ein Zuschlag von 25 vom Hundert gegenüber der reichsrechtlichen Erhöhung von 30 vom Hundert vorgeschlagen worden sei, beruhe auf der Erwägung, daß die reichsrechtlichen Fälle aus dem Jahre 1879 stammen, die sächsischen aber aus dem Jahre 1900. Dieser prozentuale Zuschlag für die Rechtsanwälte sei allerdings eine Kriegsmaßnahme, aber ebenso wie im Reiche, solle auch hier damit zum Ausdruck gebracht werden, daß eine durchgreifende Neuordnung nicht auf die lange Bank geschoben werden könne. Er hoffe, daß die Deputationsberatungen ein allseitig befriedigendes Ergebnis zeitigen werden.

Die Vorlage wird der Gesetzgebungsdeputation überwiesen.

Aus Stadt und Land.

Mittelungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 18. April

— Gefreiter Oswin Saupe aus Kesselsdorf erhielt die **Friedrich-August-Medaille in Silber**. Derselbe ist Ritter des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse und Inhaber der Friedrich-August-Medaille in Bronze.

— Herr Bürgermeister Künzler überreichte heute Herrn Tischlermeister Heinrich Birkner aus Wilsdruff das ihm von Seiner Majestät dem König für seine Verdienste um das Rote Kreuz verliehene Ehrenkreuz für freiwillige Wohlfahrtspflege im Kriege.

— Erfolgreicherweise erbrachte die Donnerstag mittag 1 Uhr beendete **Schulkriegsanleihe 19400 Mark** von 230 Kindern. Es wurde von 1 Mark an gezeichnet. Diese 8. Kriegsanleihe bedeutet die 6. Schulkriegsanleihe. Insgesamt wurden in diesen 6 Anleihen 61500 Mark gezeichnet. Gewiß ist dieses Ergebnis von unseren 700 Schültern hocherfreulich und stellt der Lehrer- und Schülerschaft ein schönes Zeugnis väterländischer Betätigung aus.

— Am Sonntag den 21. April findet im „Goldenen Löwen“ ein **lustiger Abend** statt, ausgeführt von ersten

Dresdner Künstlern, die bereits voriges Jahr mit dem Festspiel „Dring goldne Friedenssionne“ mit viel Beifall bei uns waren. Diesmal sollen außer Kunstgattung, letzteren Vorträgen noch 2 lustige Operetten gespielt werden. Der in Dresden beliebte Gesangscomique **Merker** wird für die weitere Stimmung sorgen, der Besuch ist sehr zu empfehlen! Siehe Näheres in Inzeratenliste der vorliegenden Nummer.

— **Der Führer der Fortschrittspartei in Sachsen gegen die Reichstagsresolution** Bei einer Werbeversammlung für die achte Kriegsanleihe in Plauen erklärte der Führer der sächsischen Fortschrittler, Landtagsabgeordneter Gänther, u. a.: „Wie die Industrie, dürfen auch Handel, Gewerbe und Handwerk und ebenso auch die Landwirtschaft freudig und hoffnungsvoll in die Zukunft sehen. Gegenüber dem frevelhaften Uebermut unserer Feinde, den Krieg um Jahre zu verlängern, müssen wir auf volle Entschädigung und auch auf ausreichender Grenzicherung bestehen. Mit der Kriegsverlängerung durch die Feinde müssen auch unsere Ansprüche größer werden.“ Damit rückt also auch Herr Gänther, das Haupt der sächsischen Fortschrittspartei, weil ab von der Juli-Resolution des Reichstages, die sich gegen Annerexionen aussprach.

— **(K. M.) Vaterländischer Hilfsdienst.** Die Kriegsamtsstelle Dresden erläßt erneut einen Aufruf, wonach dauernd Hilfsdienstpflichtige für den Bereich der Etappeninspektion 16 (Straßburg) gebraucht werden. Meldungen sind zu richten an die Hilfsdienstmeldestelle in Meissen.

— **Dresden.** Der König empfing den Fregattenkapitän Neger, den Kommandanten des Hilfskreuzers „Wolf“, welcher auch zur anschließenden Frühstückstafel gezogen wurde. Fregattenkapitän Neger ist im Hotel Bellevue abgestiegen.

— **Yttau.** Wegen unglücklicher Liebe hat sich hier eine 23jährige, wegen ihrer Schönheit bekannte Verkäuferin, durch Gasvergiftung das Leben genommen. Das Mädchen wurde tot auf dem Stuhle sitzend in bereits erstarrem Zustande aufgefunden. Zwei hinterlassene Briefe der Unglücklichen geben Aufschluß über die Gründe zu dem verzeifelsten Schritt.

— **Bad Gister.** Um das Hamstern durch Kurzgäste zu verhindern, soll vom Kurverein aus bei der Oberpost-

direktion und beim Generalkommando die Einführung einer behördlichen (militärischen) Pafschkontrolle beantragt werden, wie sie bereits für bayerische Kurorte besteht.

5. Klasse 172. Kgl. Sächs. Landes-Lotterie.

Verzeichnis der höheren Gewinne vom 17. April 1918-7. Ziehungstag. (Ohne Gewähr.)

Gewinne zu 20000 Mark.

108278 (Gurt Hennig, Dresden).

Gewinne zu 5000 Mark.

16098 (Friedrich Friede & Co., Leipzig).

Gewinne zu 3000 Mark.

0075, 19955, 20541, 22470, 32085, 37977, 42914, 47414, 50745, 51518, 68706, 72738, 76910, 85767, 92051, 94175, 101798, 108477, 108568.

Gewinne zu 2000 Mark.

8297, 8318, 11448, 11748, 17018, 21567, 29990, 24487, 51565, 92221, 46879, 51080, 52134, 54748, 56517, 57879, 58401, 59198, 59801, 61826, 70881, 74268, 78000, 79111, 79165, 80792, 82724, 84195, 84764, 84964, 97658, 99067, 102474, 107581.

Gewinne zu 1000 Mark.

4086, 4506, 7788, 10578, 15260, 17141, 21467, 21980, 24968, 27507, 28958, 32039, 34508, 36980, 37719, 40182, 41682, 43064, 43968, 46042, 46977, 47745, 52800, 53989, 54278, 55162, 56574, 58506, 71021, 72585, 77762, 80267, 81061, 82206, 88066, 87679, 88128, 94641, 97372, 101420, 101806, 101858, 102096, 105431, 107558, 109720.

Gewinne zu 500 Mark.

2757, 7691, 7699, 12409, 15182, 16964, 19523, 21967, 21819, 21880, 23084, 23272, 29912, 24110, 25481, 26454, 27987, 29028, 29181, 35052, 37484, 38996, 42988, 45660, 46812, 46790, 47723, 48862, 53963, 58587, 58590, 61855, 63162, 64448, 70946, 78346, 78879, 78998, 75236, 77142, 83214, 85151, 85875, 87220, 90646, 92549, 96753, 104956, 107466, 108297, 108528, 108786.

Volks- und Kriegswirtschaft

* Vermehrte Seifenabgabe. Während der Monate April oder Mai 1918 dürfen über die am 31. Juni 1917 festgesetzte Menge hinaus einmal 50 Gramm Kriegseife gegen Vorlage der Seifenkarte abgegeben werden.

Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schunko in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer i. R. Gärner, für den Inseraten Teil: Arthur Schunko, beide in Wilsdruff.

Amtlicher Teil.

Diphtherie-Serum mit der Kontrollnummer: 183 aus den Behringwerken in Marburg ist wegen Abschwächung zur **Einziehung bestimmt** worden. Dresden, am 18. April 1918.

451 IV M

Ministerium des Innern.

Auf Blatt 119 des Handelsregisters des hiesigen Gerichts ist heute die **Stirma Nossener Dampfpflugbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung**, mit dem Sitz in Rittersgut Umbach bei Wilsdruff und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 22. März 1918 abgeschlossen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Dampfpfluges in den landwirtschaftlichen Betrieben der Gesellschafter und anderer nicht zur Gesellschaft gehöriger Personen.

Das Stammkapital beträgt einhundertdreißigtausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Rittersguts pachter Georg Obendorfer in Umbach und der Rittersguts pachter Aurel Gappisch in Rothschönberg.

Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbstständig zu.

Wilsdruff, am 16. April 1918.

1930

A. Reg. 95/18.

Königliches Amtsgericht.

Ausgabe von Nahrungsmittelkarten.

Nächsten **Sonnabend den 20. d. M.** gelangen im Lebensmittelamt die Nahrungsmittelkarten zur Ausgabe. Es erhalten Kinder im Alter bis zu 4 Jahren gelbe Karten,

Personen von 4—65 Jahren rote Karten und Personen über 65 Jahre blaue Karten. Es wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Kindern keine Lebensmittelkarten ausgehändigt werden, ebenso hat eine jede Familie ihre Karten selbst abzuholen.

Wilsdruff, am 17. April 1918.

Der Stadtrat.

Abgabe am 19. und 20. April.

- Gegen Abtrennung von 10 Zehntel C-Abschnitten der gelben Nahrungsmittelkarten **250 Gramm Graupen und 250 Gramm Grieß**, der roten Nahrungsmittelkarten **100 Gramm Graupen und 100 Gramm Grieß**, der blauen Nahrungsmittelkarten **150 Gramm Graupen und 150 Gramm Grieß**. Graupen das Pfund 36 Pfg., Grieß das Pfund 32 Pfg.
- Der auf grünen Warenbezugschein Nr. 30 angemeldete **Kunsthonig** 125 Gramm für 19 Pfg.

Wilsdruff, am 18. April 1918.

Der Lebensmittelvorsteher.

Inseraten-Teil.

Enteneier zu verkaufen. 1928

Bahnhofstraße 128.

Ein Laden mit **1-2 Hinterräumen** für bald gesucht. Angebote unter 1922 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche ab 1. Mai für meinen Sohn, 19 Jahre,

Lehrstelle als Scholar auf mittlerem Gut. Etwas Taschengeld erwünscht. Angebote unter 1927 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Drucksachen all. Art liefert sauber und preiswert die **Buchdruckerei d. Bl.**

Gasthof „Goldner Löwe“. Sonntag den 21. April abends 8 Uhr **Bunter lustig. Abend.** Gesang, Humor, **zwei lustige Operetten.** u. a. Humorist **Rich. Merker** in seinen neuesten Soloszenen.



Nachruf.

Liefergriffen vernehmen wir die furchtbare Kunde von dem jähen Ende unseres Freundes, des tapferen Pioniers

Rudolf Junghanns.

Ohne Furcht vor dem Feinde, im Vertrauen auf den herrlichen Sieg unserer Waffen, mit froher Osannung baldigen Wiederssehens zog er erneut hinaus, um — ach — nicht wieder heimzukehren zu seinen Lieben und in unseren Freundschafsbund, den er durch seinen bereedten Frohsinn so manche angenehme Plauderstunde würzte. 1929

Ruhe sanft in Deinem Helden-grabe im flaudrischen Walde!

Raufbach, im April 1918.

Die Jugend zu Raufbach.



Seit Kriegsbeginn im Felde fiel in treuester Pflichterfüllung um das Wohl seiner Kameraden am 2. April, an seinem 26. Geburtstag, beim Vorfahren mit der Feldbläse in Stellung unser über alles geliebter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Nefse

Unteroffizier Otto Legler

Schützen-Regiment Nr. 108, 8. Kompagnie.

Inhaber der St. Heinrichs-Medaille in Silber, des Eisernen Kreuzes 2. Kl. und der Friedrich-August-Medaille in Bronze.

Lieferkühnert zeigt dies hierdurch an

Wilsdruff, am 18. April 1918.

1921

Otto Legler im Namen aller Leidtragenden.

Von Beileidsbezeugungen bitten wir, herzlich dankend, absehen zu wollen.

Kesselsdorf. Lebensmittelverteilung in der 16. Woche.

Sonnabend den 20. April, 5-6 Uhr nachm **Eier-Verkauf**, 1 Stück für 38 Pfg.

Kesselsdorf, am 18. April 1918.

Der Gemeindevorstand.

Grumbach. Lebensmittelversorgung.

Sonnabend den 20. April: **Eierverkauf** bei Raubisch. 1 Stück auf den Kopf zum Preise von 37 Pfg. gegen Eierkarte (Versorgungszeit 14.-28. April 1918).

Grumbach, am 18. April 1918.

Der Nahrungsmittel-Ausschuß.

Das Feldheer braucht dringend Hafer, Heu und Stroh! Landwirte helft dem Heere!

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist im Stadt- und Landbezirk von Haus zu Haus verbreitet, es ist das Familienblatt des Bezirkes. Anzeigen aller Art haben im „Wilsdruffer Tageblatt“ den größten Erfolg.